



**Brüssel, den 13. Oktober 2025
(OR. en)**

**13945/25
ADD 2**

**COH 192
SOC 662
CADREFIN 255
POLGEN 161**

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	10. Oktober 2025
Empfänger:	Frau Thérèse BLANCHET, Generalsekretärin des Rates der Europäischen Union
Betr.:	ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN EVALUIERUNG (ZUSAMMENFASSUNG) Ex-post-Bewertung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Kohäsionsfonds für den Programmplanungszeitraum 2014-2020

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument SWD(2025) 329 final.

Anl.: SWD(2025) 329 final



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 10.10.2025

SWD(2025) 329 final

ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

EVALUIERUNG (ZUSAMMENFASSUNG)

**Ex-post-Bewertung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des
Kohäsionsfonds für den Programmplanungszeitraum 2014-2020**

{SWD(2025) 328 final}

1. Hintergrund und Gegenstandsbereich

Diese Zusammenfassung enthält die wichtigsten Ergebnisse der Ex-post-Bewertung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Kohäsionsfonds. Die beiden Fonds decken zusammen knapp ein Drittel des langfristigen Haushalts der EU im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2014-2020 und einen erheblichen Teil aller kohäsionspolitischen Mittel ab. Angesichts ihres beträchtlichen Umfangs und ihres breiten Anwendungsbereichs tragen die Fonds entscheidend zur Verwirklichung der Ziele der politischen Agenda der EU bei.

Im Rahmen dieser Ex-post-Bewertung soll eine umfassende Beurteilung des Programmplanungszeitraums 2014-2020 vorgenommen werden. Dazu gehört die Bewertung der Wirksamkeit, Effizienz und Wirkung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) und ihres Beitrags zu den Zielen der EU-Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum und zu den übergeordneten Zielen der Fonds, d. h. BIP-Wachstum und regionale Konvergenz. Die Bewertung erfolgt zu einem wichtigen Zeitpunkt im EU-Politikzyklus, in dem die Ausarbeitung des MFR 2028-2034 erfolgt. In diesem Dokument sollen Ergebnisse und Erkenntnisse vorgestellt werden, die für die künftige Politik im Allgemeinen relevant sind.

Die Bewertung erfolgte auf der Grundlage eines theoriegeleiteten Folgenabschätzungsansatzes, bei dem die Theorie des hinter öffentlichen Interventionen stehenden Wandels rekonstruiert und ihre Mechanismen getestet wurden. Sie stützt sich außerdem auf umfassende Begleitstudien, die von der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Kommission geleitet wurden und in denen die Mittel in allen relevanten Themenbereichen bewertet wurden. Die darin eingeflossenen quantitativen Daten umfassen eine Analyse ausgewählter Vorhaben, Ausgaben und Output- und Ergebnisindikatoren. Qualitative Daten aus Fallstudien und umfangreichen Arbeiten zur Beteiligung der Interessenträger, einschließlich Umfragen, Fokusgruppen, Interviews und Seminaren, ergänzen die Analyse. Zusätzlich zu den kontrafaktischen Studien zur Folgenabschätzung wurde eine Modellierung durchgeführt, um die Auswirkungen der Politik abzuschätzen. Schließlich stützt sich die Analyse auch auf Erkenntnisse aus Bewertungen der Mitgliedstaaten und einschlägige wissenschaftliche Literatur.

2. Feststellungen

Wirksamkeit

Die Kohäsionspolitik hat ihre Ziele insgesamt erreicht. Dies zeigt sich an den Fortschritten, die bei der Haushalts- und Projektdurchführung sowie im Hinblick auf die Erreichung der angestrebten Vorgaben, Ziele und Auswirkungen erzielt wurden.

Bis Ende 2024 wurden schätzungsweise 289 Mrd. EUR (was 99 % der geplanten Mittel im Rahmen des EFRE und des Kohäsionsfonds 2014-2020 entspricht) an die Mitgliedstaaten ausgezahlt, was zeigt, dass **der EFRE und der Kohäsionsfonds trotz erheblicher makroökonomischer Störungen erfolgreich Mittel ausgezahlt haben.**

Den Projektpipelines und den geschätzten Fortschritten bis zum Programmabschluss zufolge werden **die meisten Zielvorgaben** bis zum Abschluss der Programme **erreicht**. Die Programme sind ebenfalls auf gutem Weg, die meisten ihrer Ziele zu erreichen. Bislang haben die Fonds mehr als 2,5 Millionen kleine und mittlere Unternehmen (KMU) unterstützt und zur Schaffung von mehr als 370 000 Arbeitsplätzen beigetragen. Gleichzeitig wurden neue Kinderbetreuungsplätze für 24 Millionen Kinder geschaffen. Darüber hinaus wurden mehr als 66 Mrd. EUR in klimarelevante Projekte investiert, und die Kapazität der EU zur Erzeugung erneuerbarer Energien wurde um mehr als 6 000 Megawatt erhöht. Die Mittel ermöglichten ferner die Einführung von Waldbrandschutzmaßnahmen, die laut den im Rahmen des Programms gemeldeten Zahlen mehr als 24 Millionen Menschen zugutekommen, sowie die Verbesserung des Breitbandinternetzugangs von mehr als acht Millionen Haushalten.

Der EFRE und der Kohäsionsfonds sind geeignete Instrumente zur Förderung des territorialen Zusammenhalts. Durch ihre Gestaltung und Governance-Struktur wird sichergestellt, dass mit den Investitionsstrategien regionale Herausforderungen angegangen werden und die Programmplanung und Durchführung auf nationaler wie auch auf regionaler (dezentraler) Ebene ermöglicht wird, wobei die Verfolgung der Prioritäten der EU an die Erfordernisse in bestimmten Bereichen angepasst wird. In einigen Fällen hätte eine größere Flexibilität bei der Anwendung des Grundsatzes der thematischen Konzentration zu einer besseren Anpassung an die spezifischen Gegebenheiten in den Regionen geführt.

Kontrafaktische Folgenabschätzungen bestätigen die Wirksamkeit der Kohäsionspolitik im Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele des Vertrags. Zwar gibt es relativ wenige Studien für den Zeitraum 2014-2020, die innerhalb des Zeitrahmens dieser Bewertung abgeschlossen wurden; angesichts der Ähnlichkeit der Interventionsarten ist es jedoch wahrscheinlich, dass die Auswirkungen ähnlich sein werden.

Kontrafaktische Studien zur Folgenabschätzung, die für diese Bewertung durchgeführt wurden, bestätigen, dass sich die Kohäsionspolitik positiv auf die makroökonomischen Ergebnisse in der EU auswirkt, auch wenn das Ausmaß dieser Auswirkungen in den einzelnen Regionen der EU unterschiedlich ist und in den Regionen, die die Hauptbegünstigten sind, stärker ist. Dies bedeutet, dass **der EFRE und der Kohäsionsfonds erfolgreich zum Abbau regionaler Unterschiede beigetragen** haben.

Modellierungsarbeiten liefern eine Reihe ergänzender Erkenntnisse über den Ort und das Ausmaß der politischen Auswirkungen. Insbesondere zeigt sich, dass **mittel- bis langfristig die Unterschiede bei den Auswirkungen auf das BIP zwischen den Regionen der EU geringer werden und die Auswirkungen in allen Regionen positiv ausfallen.** Die Modellsimulationen deuten darauf hin, dass sich kohäsionspolitische Maßnahmen positiv auf die Wirtschaft der Europäischen Union auswirken. Schätzungen zufolge wird das BIP der EU am Ende des Planungszeitraums um bis zu + 0,6 % höher ausfallen als in einem hypothetischen Szenario ohne kohäsionspolitische Maßnahmen. Dennoch muss der Schwerpunkt verstärkt auf gezielte strategische Investitionen gelegt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen zu verbessern.

Gleichzeitig hängt die Wirksamkeit der Politik von mehreren Faktoren ab, z. B. von der Qualität der Governance, den Verwaltungskapazitäten und dem allgemeinen Wirtschafts- und Unternehmensumfeld der geförderten Regionen. Um die Investitionen

zu optimieren, ist es wichtig, die richtigen Investitionsbedingungen zu schaffen. Daher muss in Zukunft ein stärkerer Fokus auf Reformen und Verwaltungskapazitäten gelegt werden.

Über den gesamten Zeitraum hinweg wurde die Inanspruchnahme des EFRE und des Kohäsionsfonds erfolgreich an die sich wandelnden makroökonomischen Bedingungen angepasst. Krisen wurden rasch angegangen, aber eine noch schnellere Reaktion hätte einige Krisenmechanismen wirksamer machen können. Unterstützungsmaßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 haben in wesentlicher Weise dazu beigetragen, die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen auf KMU abzufedern, wobei schätzungsweise 4 % der KMU in der EU direkt von den außerordentlichen Maßnahmen profitierten.

Effizienz

Angemessene Verwaltungskapazitäten sind eine wesentliche Voraussetzung für eine wirksame Inanspruchnahme der Fonds. In mehreren Fällen und **in verschiedenen Investitionsbereichen behinderten begrenzte Verwaltungskapazitäten eine wirksame Mittelverwaltung.** Darüber hinaus sahen sich einige Verwaltungsbehörden und Begünstigte aufgrund komplexer Vergabeverfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Antragsverfahren und einer übermäßigen rechtlichen Komplexität, mit vermeidbaren Schwierigkeiten konfrontiert.

Die Straffung der Rechtsvorschriften über die Vergabe öffentlicher Aufträge und der Vorschriften über staatliche Beihilfen würde zu erheblichen Effizienzgewinnen führen. Die komplexe Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften auf nationaler Ebene in Verbindung mit Unstimmigkeiten bei den Vorschriften auf den verschiedenen Verwaltungsebenen führt zu unnötigem Aufwand und kann sich auf die Wirksamkeit der finanzierten Maßnahmen auswirken.

Die mit den Fonds verbundenen Verwaltungskosten waren im Vergleich zu anderen investitionspolitischen Maßnahmen insgesamt moderat, konnten jedoch weiter gesenkt werden, insbesondere durch die Verringerung von Überschneidungen zwischen Finanzierungsinstrumenten, die Anwendung stärker harmonisierter Vorschriften und die Förderung von Synergien. Der Verwaltungsaufwand für die Begünstigten wurde dank des elektronischen Schriftverkehrs mit den Behörden der Mitgliedstaaten (E-Kohäsion) verringert, und er lässt sich noch weiter reduzieren.

Im Zeitraum 2014-2020 eingeführte Vereinfachungsmaßnahmen haben den Verwaltungsaufwand leicht verringert, doch besteht Spielraum für weitere Vereinfachungen, z. B. durch die Ausweitung des Anwendungsbereichs vereinfachter Kostenoptionen (VKO) und der nicht mit Kosten verknüpften Finanzierung.

Nationale Vorschriften, die über die Anforderungen auf EU-Ebene hinausgehen (Überregulierung), erhöhen die Komplexität der Inanspruchnahme des EFRE und des Kohäsionsfonds in erheblicher Weise. Überregulierung führt zu Ineffizienzen und verzerrt die Wahrnehmung der Interessenträger hinsichtlich der tatsächlichen Kosten und Belastungen im Zusammenhang mit kohäsionspolitischen Programmen, was den Zugang zu den Fonds erschwert. Die Reduzierung der Überregulierung könnte einen großen Beitrag zur Verringerung des Verwaltungsaufwands für alle Akteure, insbesondere die Begünstigten, leisten.

Trotz der oben genannten Effizienzprobleme zeigen die Erfahrungen, dass im Falle von Krisenmaßnahmen, bei denen als Reaktion auf die sich abzeichnenden Herausforderungen rasch EFRE-Mittel bereitgestellt wurden, administrative Hürden überwunden wurden.

Der Leistungsrahmen ermöglichte durch gemeinsame Indikatoren, Etappenziele und Zielwerte den Aufbau einer soliden Datenbank für Fakten und Analysen, wozu insbesondere die Erhebung harmonisierter Daten über Fortschritte, einschließlich Daten der Begünstigten, beitrug. Dies verbessert die Vergleichbarkeit, das Benchmarking und die Gesamteffizienz, wenn diese Informationen von den Mitgliedstaaten zu Überwachungs- und Analysezwecken ordnungsgemäß weiterverfolgt werden. Einige Einschränkungen des derzeitigen Überwachungssystems, wie z. B. der fehlende Zugang zu Informationen auf Mikroebene und auf Ebene der Begünstigten, sollten beseitigt werden. Durch die Verbesserung der Interoperabilität und Zugänglichkeit der nationalen Datenbanken würde nicht nur die Überwachung erleichtert und der leistungsorientierte Fokus der Politik gestärkt, sondern möglicherweise auch der Verwaltungsaufwand verringert.

Die Konzentration produktiver Investitionen auf Bereiche mit komparativen Vorteilen verbessert die Effizienz von Investitionen aus dem EFRE und dem Kohäsionsfonds, da sie dazu beiträgt, dass die Mittel den Sektoren zugewiesen werden, die das größte Potenzial für Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum aufweisen.

Kohärenz

Insgesamt wurde bei einem breiten Spektrum von aus dem EFRE und dem Kohäsionsfonds finanzierten Maßnahmen ein hohes Maß an interner und externer Kohärenz festgestellt. Die Kohärenz wurde jedoch oftmals als formale Anforderung angestrebt und nicht als Ergebnis einer strategischen, systematischen Koordinierung zwischen den Finanzierungsströmen und ihren Zielen.

Bestimmte Voraussetzungen für die Finanzierung führten zu einer verbesserten Governance und besseren Strategien für Investitionen aus dem EFRE und dem Kohäsionsfonds. Ihr Mehrwert für die Verbesserung der Investitionsbedingungen wurde jedoch durch Unstimmigkeiten bei ihrer Anwendung und Bewertung in den Mitgliedstaaten verringert.

Es wurden mehrere Komplementaritäten ermittelt, bei denen der Europäische Sozialfonds (ESF) Teil gezielter Maßnahmen war, z. B. bei der Unterstützung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation (FTEI) und IKT, wo ergänzende ESF-Maßnahmen eine nachhaltige Inanspruchnahme von Maßnahmen des EFRE und des Kohäsionsfonds unterstützten. Es besteht jedoch Spielraum, um Synergien mit dem ESF aktiver zu nutzen. Einige Interessenträger nannten administrative Herausforderungen, insbesondere in Bezug auf territoriale Durchführungsmechanismen, als Hindernisse für stärkere Synergien mit dem ESF. Synergien mit anderen ESI-Fonds (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums – ELER, Europäischer Meeres- und Fischereifonds – EMFF) waren noch begrenzter, was zum Teil an fehlenden formellen Koordinierungsmechanismen lag.

Die Synergien zwischen EFRE/Kohäsionsfonds und Horizont 2020 waren begrenzt und hätten systematischer genutzt werden können. Komplementaritäten und die strategische Koordinierung mit Horizont 2020 spielten eine größere Rolle bei ehrgeizigen Maßnahmen, denen klare Strategien zugrunde lagen. Synergien mit anderen EU-Fonds

(Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und kleinen und mittleren Unternehmen – COSME, Programm für die Umwelt- und Klimapolitik – LIFE, Fazilität „Connecting Europe“) wurden nur in begrenztem Maße beobachtet.

Insgesamt unterstreichen die Ergebnisse, wie wichtig es ist, EFRE und Kohäsionsfonds zur Verfolgung gezielter, ehrgeiziger Entwicklungs- und Wachstumsstrategien in bestimmten Sektoren oder Regionen einzusetzen. Dies setzt voraus, dass die Maßnahmen auf regionale und nationale Entwicklungsstrategien sowie auf umfassendere Industriestrategien zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit auf EU-Ebene abgestimmt werden.

Die Vorteile der Abstimmung auf Strategien für intelligente Spezialisierung (S3) wurden in mehreren Investitionsbereichen nicht ausgeschöpft, insbesondere im Zusammenhang mit der Unterstützung von KMU und FTEI. Zwar gibt es Beispiele für enge Verbindungen zwischen S3-Prioritätsbereichen und EFRE-Projekten, doch deuten qualitative Daten darauf hin, dass die Abstimmung oft oberflächlich und nicht substanziell ist. **Es gibt kaum Belege für die Wirkung von Strategien für intelligente Spezialisierung in Bezug auf Innovationsziele. Die Entwicklung geeigneter Bewertungsmethoden sollte eine Priorität für die Zukunft sein.**

Die Krisenreaktionsmechanismen und REACT-EU wurden als weitgehend mit dem Krisenmanagement der EU kohärent befunden, wobei eine klare Übereinstimmung der Ziele, insbesondere in Bezug auf die Gesundheitsversorgung und die Unterstützung von KMU in der Anfangsphase, festgestellt wurde. Es gab jedoch Überschneidungen und Koordinierungsprobleme, insbesondere in Bezug auf die Einbeziehung der für die Programme der Kohäsionspolitik zuständigen Behörden in die Ausarbeitung der Aufbau- und Resilienzpläne.

EU-Mehrwert

Dank des Umfangs der Finanzierung, der Möglichkeit der Mobilisierung zusätzlicher privater Investitionen und der gezielten Ausrichtung der Investitionen ermöglichten der EFRE und der Kohäsionsfonds die Durchführung von Vorhaben durch die Mitgliedstaaten, die ohne diese Mittel wahrscheinlich nicht möglich gewesen wären. Dieser Mehrwert lässt sich in mehrere Dimensionen untergliedern:

- **Skaleneffekte:** Der EFRE und der Kohäsionsfonds mobilisierten ein hohes Finanzierungsvolumen (insbesondere für weniger entwickelte Regionen), wodurch ambitioniertere Projekte durchgeführt werden konnten, was in einigen Fällen mit nationaler Finanzierung allein nicht möglich gewesen wäre. Wenngleich die Mitgliedstaaten die Möglichkeit, im Rahmen der Krisenreaktionsmaßnahmen eine EU-Kofinanzierung von 100 % in Anspruch zu nehmen, für sinnvoll hielten, führte dies zur Verringerung der Gesamtausgaben und könnte die langfristigen strukturellen und redistributiven Ziele der Fonds untergraben.
- **Was Forschungs- und Innovationsprojekte angeht, waren die Skaleneffekte bei großen Infrastrukturprojekten und bei Projekten der angewandten Forschung besonders groß.** Der sehr hohe Kofinanzierungsanteil an einigen Infrastrukturprojekten deutet darauf hin, dass ihre Durchführung ohne EFRE-Unterstützung nicht möglich gewesen wäre. Im Hinblick auf **grüne Investitionen wurden mit Mitteln aus dem EFRE und dem Kohäsionsfonds Projekte gefördert,**

die ohne sie nicht denselben Umfang gehabt hätten und nicht so schnell abgeschlossen worden wären.

- Dank der finanziellen Zuverlässigkeit und Sichtbarkeit EU-finanzierter Projekte **konnten EFRE und Kohäsionsfonds erfolgreich private Investitionen anziehen.** In einigen Fällen gelang es dank der EFRE-Förderung zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU, private Investitionen anzuziehen, die den erforderlichen Kofinanzierungsbetrag überstiegen.
- **Die Unterstützung aus dem EFRE und dem Kohäsionsfonds ermöglichte gezielte Investitionen mit Fokus auf bestimmten Sektoren, Begünstigten und Gebieten.** Die Ausrichtung auf regionale Spezialisierungen ermöglichte es, die Mittel auf bestimmte Themenbereiche zu konzentrieren, wodurch eine gezielte Unterstützung für vorrangige Sektoren und Begünstigte sichergestellt wurde.

Zwei Grundprinzipien, die dem EFRE und dem Kohäsionsfonds zugrunde liegen, haben die Fähigkeit der Kohäsionspolitik zur Erreichung ihrer Ziele gestärkt:

- Mit der **Methode der geteilten Mittelverwaltung** wird sichergestellt, dass die Eigenverantwortung, Transparenz und Rechenschaftspflicht für Investitionen bei den Mitgliedstaaten verbleiben, während die EU für die Abstimmung der regionalen und nationalen Anstrengungen auf die vereinbarten Prioritäten der EU verantwortlich ist.
- Das **Partnerschaftsprinzip** bedeutet, dass politische Entscheidungen auf der Ebene getroffen werden, die für ihre Durchführung am besten geeignet ist, wobei die Interessenträger (Arbeitskräfte, Arbeitgeber und Organisationen der Zivilgesellschaft) in kooperativer Weise einbezogen werden.

Durch die mehrjährige Planung und die Kontinuität der Finanzierung schaffen EFRE und Kohäsionsfonds zudem einen Mehrwert. Dies trägt zur Verwirklichung der langfristigen Ziele für den Strukturwandel bei. Für Verwaltungsbehörden und Begünstigte bietet die Durchführung der Programme des EFRE und des Kohäsionsfonds Gelegenheit für eine langfristige Planung, in deren Rahmen Strategien entwickelt werden können, um regionalen und sektoralen Erfordernissen gerecht zu werden.

Es hat sich gezeigt, dass der Grundsatz der Zusätzlichkeit (wonach die Mitgliedstaaten die Strukturfonds nicht dazu verwenden können, nationale Ausgaben zu ersetzen, die ohnehin geplant worden wären) im Allgemeinen eingehalten wurde. In den meisten Mitgliedstaaten, in denen die Zusätzlichkeit überprüft wurde, lagen die öffentlichen Investitionen weiterhin über den zu Beginn des Programmplanungszeitraums vereinbarten Referenzwerten. Die im Zusammenhang mit den Krisensituationen angewandten Kofinanzierungssätze von 100 % stellten in der Praxis jedoch ein Risiko für die Einhaltung des Grundsatzes der Zusätzlichkeit dar.

Durch die Beteiligung an der Inanspruchnahme von EU-Mitteln können Verwaltungskapazitäten aufgebaut und Verfahren der guten Verwaltung gestärkt werden. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass der strukturierte Ansatz der EU für Investitionen – gestützt auf einen kohärenten Rechtsrahmen, eine Koordinierung auf mehreren Ebenen und mehrjährige Finanzierungsperspektiven – Probleme im Zusammenhang mit der Governance, die in instabileren institutionellen Systemen auftreten, wie Korruption und Ineffizienz, abmildern könnte. Darüber hinaus führt die Verwaltung von EU-Mitteln zu Einsparungen durch Lerneffekte. Es wurde davon ausgegangen, dass der Austausch bewährter

Verfahren über die verschiedenen Governance-Ebenen hinweg – zusätzlich zur direkten und indirekten technischen Unterstützung aus den Fonds – greifbare Vorteile für die an Programmen von EFRE und Kohäsionsfonds beteiligten Akteure und Verwaltungsbehörden mit sich bringt.

Der EFRE und der Kohäsionsfonds tragen zum Abbau von Ungleichheiten bei. Die Mittel dürften sich positiv auf die EU-Wirtschaft auswirken und langfristig zu positiven Ergebnissen führen. Besonders deutlich sind die Auswirkungen in den weniger entwickelten Regionen der EU, die die Hauptbegünstigten sind. Bis zum Ende des Durchführungszeitraums dürften die Maßnahmen die Kluft zwischen den reichsten und den ärmsten 20 % der Regionen in puncto BIP pro Kopf um mehr als 3,5 % verringern. Ohne EU-Finanzierung wäre dies höchstwahrscheinlich nicht möglich gewesen, da Spillover-Effekte andernfalls nicht gefördert worden wären.

Relevanz

Die durchgeführten Maßnahmen standen weitgehend im Einklang mit den festgelegten Zielen. Es zeigt sich, dass die Verwaltungsbehörden die **Maßnahmen auf die lokalen Gegebenheiten zugeschnitten** haben und dass die Unterstützung im gesamten Programmplanungszeitraum weitgehend dazu genutzt wurde, sowohl den anhaltenden als auch den sich abzeichnenden Bedarf der Begünstigten zu decken.

Die Investitionen im Rahmen des EFRE und des Kohäsionsfonds waren wichtig für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU und standen größtenteils im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal, wenn auch mit einigen Unstimmigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten hinsichtlich der Erfüllung der einschlägigen Ex-ante-Konditionalitäten durch die Programme und der allgemeinen Angleichung an die Klima- und Umweltrichtlinien.

Auf EU-Ebene wurden die meisten Mittel Politikbereichen zugewiesen, die mit den in den länderspezifischen Empfehlungen genannten notwendigen Reformen im Einklang stehen, wobei es Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten gab. Insgesamt haben die länderspezifischen Empfehlungen den Mitgliedstaaten dabei geholfen, die Investitionen auf den Reformbedarf auszurichten. Es gibt weniger Belege dafür, dass während des Programmplanungszeitraums ausgearbeitete länderspezifische Empfehlungen die Investitionsprioritäten oder Neuzuweisungen beeinflusst haben.

Der kohäsionspolitische Rahmen wurde angepasst, um mehrere Krisen zu bewältigen. Die Interessenträger weisen darauf hin, dass die im Rahmen der Krisenreaktionsmechanismen und von REACT-EU eingeführten Änderungen und Maßnahmen eine wichtige Rolle bei der Deckung des sich abzeichnenden Bedarfs gespielt haben. REACT-EU, CARE(+) und FAST-CARE wurden als mäßig relevant für die Deckung des unmittelbaren Bedarfs angesehen und haben sich als besser für die Bereitstellung längerfristiger Unterstützung geeignet erwiesen.

Obwohl die im Rahmen der Krisenreaktion eingeführten flexiblen Regelungen in erheblichem Umfang genutzt wurden, behielten die meisten Programme ihre ursprüngliche Interventionslogik bei, was die Übereinstimmung mit den ursprünglichen langfristigen Zielen und den Anforderungen an die thematische Konzentration verdeutlicht.